

Die neuen Schlafwandler

Stand: 06:19 Uhr | Lesedauer: 10 Minuten



Von **Frank Lübberding**
Autor



Ukrainischer Soldat vor russischer Raketenstufe

Quelle: AFP

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs glaubten alle Beteiligten, sie müssten genau so und nicht anders handeln. Diese fatalistische Stimmung hat auch unsere Debatten wieder erfasst. Die größte Gefahr im Mai 2022 ist fehlendes historisches Wissen.

Vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich in Europa eine fatalistische Grundstimmung. Immer öfter schien in der Perspektive der Großmächte ein Kriegsausbruch unausweichlich zu werden. Der Mord von Sarajevo am 28. Juni 1914 wurde zum Funken, der das schon Jahre vorher gefüllte Pulverfass zur Explosion bringen sollte. Die Kosten einer diplomatischen Lösung zur Kriegsverhinderung schienen größer zu sein als die eines Krieges.

Dazu kamen die Zwänge der Bündnisstrukturen. Deutschland glaubte sich eine Niederlage Österreich-Ungarns nicht leisten zu können, das galt in gleicher Weise für die mit Russland verbündeten Westmächte. Als dann noch die Kriegsplanungen den Angriff als Voraussetzung des Sieges begriffen, wurde der Kriegsausbruch unausweichlich.

Zum hundertsten Jubiläum 2014 fand der australische Historiker Christopher Clark für diese Katastrophe den Begriff „Die Schlafwandler“ ([/kultur/literarischewelt/article119991597/Als-](https://kultur/literarischewelt/article119991597/Als-)

[Europa-sich-selbst-zerstoerte.html](#)). Sein Buch dominierte die Debatte, weil er die ewige Frage nach der deutschen Schuld am Kriegsausbruch neu beantwortete. In dieser Krise hätten sich viele Akteure so wahrgenommen, als ob sie „unter unwiderstehlichen externen Zwängen“ handelten, „während die Verantwortung für die Entscheidung über Krieg und Frieden eindeutig dem Gegner aufgebürdet wird“.

Geschichte als Gebrauchsanweisung?

Nun liefert historische Erfahrung keine Gebrauchsanweisung für den Umgang mit heutigen Krisen. Heute ist alles anders – womit man die Diskussion schon beenden könnte, bevor sie begonnen hat. Oder man sucht ganz andere historische Bezugspunkte – und vertritt etwa die These, es bei Putin mit einem Wiedergänger des am 30. April 1945 in Berlin verstorbenen Adolf Hitler zu tun zu haben. Wobei dieser Vergleich immer wieder auftaucht, etwa schon im Februar 1991, als Hans Magnus Enzensberger (<https://www.spiegel.de/politik/hitlers-wiedergaenger-a-2cd62036-0002-0001-0000-000013487378>) Saddam Hussein als „Hitlers Wiedergänger“ bezeichnete – kurz vor der militärischen Befreiung Kuwaits durch eine internationale Koalition unter Führung des amerikanischen Generals Norman Schwarzkopf. Nichts war richtig an Enzensberger Argumentation, sie zeigte nur eins – die Obsession, eine nüchterne militärische und politische Beurteilung von Sachverhalten durch die Erwähnung des welthistorisch größtmöglichen Schurken zu ersetzen. Bei dessen Wiedergängern hört jede Diskussion auf, keineswegs nur in Deutschland.

Historische Erfahrung hat mit solchen Kurzschlüssen nichts zu tun. Sie hat nur eine Funktion: Das eigene Denken für Selbstkritik zugänglich zu machen. In deren Licht lässt sich die eigene Positionierung gerade in Krisen überprüfen. Das gilt nicht zuletzt für unter Druck stehende Entscheidungsträger. So soll der amerikanische Präsident John F. Kennedy das kurz vor der Kubakrise 1962 erschienene Buch „August 1914“ (<https://www.fischerverlage.de/buch/barbara-tuchman-august-1914-9783596197347>) der Historikerin Barbara Tuchman gelesen haben. Er lernte dadurch aber nicht, wie er es richtig macht, sondern nur, was er alles falsch machen könnte.

Für den 1917 geborenen Kennedy war der Erste Weltkrieg schon Geschichte, ihn prägte der Zweite Weltkrieg. Aber das gibt einen Hinweis auf die Bedeutung biographischer Prägung für das Handeln und Denken nicht nur von Politikern. Darauf hat Jürgen Habermas in seinem Artikel „Krieg und Empörung“ (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/das-dilemma-des-westens-juergen-habermas-zum-krieg-in-der-ukraine-e068321/?reduced=true>) in der „Süddeutschen Zeitung“ hingewiesen. Jüngere wie die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock könnten sich einen Krieg nur „unter der Alternative Sieg oder Niederlage vorstellen“, sagt Habermas, und dass „Kriege gegen eine Atommacht nicht mehr im herkömmlichen Sinne ‚gewonnen‘ werden können.“

Dabei wissen wir seit Karl Mannheims „Das Problem der Generationen“ von 1928, welche Bedeutung gemeinsame Erfahrungen für eine Generation haben: Der 1929 geborene Habermas hat eine andere Sichtweise als der 1963 geborene Autor dieses Artikels oder die 1980 geborene Bundesaußenministerin. In diesen und den späteren Jahrgängen hatten Atomwaffen nur noch eine politische Bedeutung – es ging darum, deren Weiterverbreitung zu verhindern. Die Paradoxien nuklearer Abschreckung sind keine reale Bedrohung mehr, sondern nur noch historisches Wissen. Wobei dieses wiederum in jeder Generation höchst ungleich verteilt ist.

„Absolut widerwärtig“

Die Frage ist somit, wie ein Diskurs überhaupt stattfindet. Das betrifft nicht die richtige Meinung über unser weiteres Handeln im Ukrainekrieg. Jeder ist von seiner überzeugt, ansonsten hielte er wohl den Mund. Man sollte auch nicht die Debatten in den analogen Zeiten unnötig romantisieren. Dort wurde ebenfalls ausgeteilt, und das Einstecken fiel schon immer schwerer. Nicht zuletzt Habermas wusste zu polemisieren, etwa im Historikerstreit von 1986 (</print-welt/article228579/Eine-Art-Schadensentwicklung.html>). Seine Anmerkungen über die „sogenannten Realisten“ in den internationalen Beziehungen im Artikel zum Ukrainekrieg waren auch nicht als Kompliment an Henry Kissinger gedacht. Auffällig aber ist, dass die Polemik heute weitgehend auf die Formulierung von Argumenten verzichtet. Sie versackt vielmehr in der moralischen Überzeugung, auf der richtigen Seite zu stehen – und eben das der Gegenseite abzusprechen. Deshalb ist die historische Referenz „Hitler“ von so unwiderstehlicher Anziehungskraft geblieben: Er wird als das absolut Böse verstanden, womit sich alles andere von selbst versteht.

Dafür sind die sozialen Netzwerke wie Twitter das richtige Werkzeug. Dort kann jeder in Echtzeit seine Gefühle ausdrücken, vom Bundeskanzler bis zum einsamen Kämpfer für die gerechte Sache an seinem Schreibtisch. Es dominiert der Abscheu und der Ekel: „absolut widerwärtig“ (<https://twitter.com/MAStrackZi/status/1522165822390681602>), so formuliert etwa die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann ihr Empfinden an die Adresse der Bonner Politologin Ulrike Guérot.

Zumeist kommt dann noch das anschließende Blockieren des gegnerischen Twitter-Accounts dazu. Die tragisch-komischen Konsequenzen führen gerade deutsche Ökonomen auf. Sie haben sich auf Twitter über die Sanktionspolitik so zerstritten, dass sie sich wechselseitig blockieren. Den anderen nicht mehr anzuhören, gehört dort jetzt zur Grundlage wissenschaftlichen Arbeitens. Gäbe es noch das Duell als Ausdruck des Ehrenkodex wie im 19. Jahrhundert, müsste man um das Überleben einiger sogenannter Top-Ökonomen fürchten.

Diese Eskalationsdynamik im sozialmedialen Schrebergarten ist eine Fortsetzung dessen, was wir ab 2020 in der Pandemie beobachten konnten. Auch dort erlebten wir eine politische Schlammschlacht, die paradoxerweise die politische Debatte gar nicht mehr zuließ. Letztere hätte schließlich die Akzeptanz von Meinungsunterschieden über die richtigen Maßnahmen bedeutet.

Stattdessen ruinierte die Wissenschaft ihre Legitimation, indem eine Seite einen Monopolanspruch auf die Wahrheit beanspruchte. Die klassischen Medien beteiligten sich daran, ob als Berichterstatter oder Kommentatoren. Sie gerieten damit wiederum in einen Abwehrkampf gegen andere Medienangebote. Es zählte nicht mehr das Argument, sondern wer es aussprach. Die politische Auseinandersetzung wurde zum Glaubenskrieg, es ging darum, ob man Hendrik Streeck oder Christian Drosten (</kultur/plus230532819/Christian-Drosten-vs-Hendrik-Streeck-Opfer-auf-dem-Schlachtfeld.html>) zu seinem Helden erkor. Helden waren beide nicht, aber wen interessierte das noch?

Ironischerweise lässt sich diese Struktur bei Habermas selber nachvollziehen. In der Pandemie war er für viele seiner gegenwärtigen Kritiker noch ein Held, weil er damals den Kritikern der Pandemiepolitik die Leviten las (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2021/september/corona-und-der-schutz-des-lebens>). Habermas war von der wissenschaftlichen Wahrheit der einen Seite überzeugt. Einen Streit etwa über die Lockdown-Politik der staatlich verordneten Kontaktreduzierung hielt er deshalb nur in eng beschriebenen Grenzen für legitim, konnte sich Skepsis lediglich als das bornierte Einzelinteresse ökonomischer Interessenvertreter vorstellen.

Habermas geriet damit in eine ungewohnte Rolle, weil der Gralshüter des deutschen Linksliberalismus den autoritären Staat des gesundheitspolitischen Ausnahmezustandes verteidigen musste. Dieser Rollentausch wurde zwar in der WELT kritisiert (</kultur/plus234125124/Corona-Politik-Die-Habermas-Diktatur.html>), sorgte aber im Habermas nahestehenden politischen und medialen Lager kaum für Verblüffung. Die Kritik an den Corona-Maßnahmen galt als „rechts“ – und rechts ist böse. Bemerkenswerterweise befand sich Habermas, der heute eine „kriegstreiberische Rhetorik“ kritisiert, schon damals im Krieg: Die Welt, so stellte er in seinem Corona-Aufsatz fest, befinde sich im Zustand der „Kriegführung von Species gegen Species“, sie führe also einen Krieg gegen das Virus, „und wie im Krieg besteht das strategische Ziel in der möglichst schnellen Bezwingung des Gegners bei möglichst geringen eigenen Verlusten“.

Nun sind wir nicht mehr nur in einem metaphorischen Krieg. Damit bewegt sich Habermas wieder auf dem gewohnten Terrain, denn selbst ein 92jähriger hatte keine Erfahrung mit einer Pandemiepolitik, deren Bekämpfung auf totalen Kontrolle sozialer Kontakte (</kultur/plus226356245/Inzidenzwert-No-Covid-und-das-Stachanow-Problem.html>) beruhte. Die wurde erst am 22. Januar 2020 in Wuhan erfunden. Es gab keine biografische Prägung, diese Erfahrung mussten alle erst machen. Es konnte

sich aber kaum jemand vorstellen, dass diese „historische Zeitenwende“ so schnell von der im Ukrainekrieg abgelöst werden sollte.

Der totale Krieg

Allerdings ist der totale Krieg gegen das Virus gescheitert. Uns fehlten die Waffen, um es zur Kapitulation zu erzwingen. Ansonsten haben wir die Gefahr gut bewältigt, trotz der noch immer zu hörenden Störgeräusche durch den Bundesgesundheitsminister. Er führt weiterhin die Schlachten von gestern. Allerdings gibt uns die Erfahrung der Pandemie einen guten Hinweis auf die derzeitige Diskussion über den Krieg. Ohne die Unterstützung der Öffentlichkeit wird jede Regierung scheitern, ob es um die Pandemie oder einen Krieg geht. In dieser Beziehung gibt es keinen Unterschied zwischen liberalen und autoritären Systemen. In liberalen Systemen ist der Dissens aber nicht verboten, selbst wenn er Regierungen missfällt. Die Grundrechte schützen nicht die Regierung, sondern die Bürger vor den Übergriffen des Staates.

Die Meinungsfreiheit verhindert keine politischen Irrtümer. Sie kann aber die Risiken adressieren, um eine kritische Debatte überhaupt erst zu ermöglichen. Das geht in Offenen Briefen, notfalls sogar auf Twitter (<https://twitter.com/luebberding/status/1521009103396552707>). Wobei in den beiden bisher erschienenen Appellen an den Bundeskanzler der Streit um die Konsequenzen dieses Krieges kontrovers beschrieben wird.

Die Unterzeichner des in der „Emma“ veröffentlichten Aufrufs (<https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>) sprechen von einem kategorischen „Verbot, ein manifestes Risiko der Eskalation dieses Krieges zu einem atomaren Konflikt in Kauf zu nehmen. Die Lieferung großer Mengen schwerer Waffen allerdings könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen.“ In dem Gegen-Brief in der „Zeit“ (<https://www.zeit.de/2022/19/waffenlieferung-ukraine-offener-brief-olaf-scholz>) werden aus dem gleichen Sachverhalt andere Schlussfolgerungen gezogen: „Würde der Westen von der Lieferung konventioneller Waffen an die Ukraine zurückscheuen und sich damit den russischen Drohungen beugen“, so heißt es, „würde das den Kreml zu weiteren Aggressionen ermutigen. Der Gefahr einer atomaren Eskalation muss durch glaubwürdige Abschreckung begegnet werden.“

Beide Formulierungen verfehlen auf gleiche Weise das Thema. Die mit dem Einsatz militärischer Gewalt verbundenen politischen Ziele bleiben nebulös. Was genau ist etwa unter einem Verhandlungsfrieden zu verstehen, der „nicht auf die Unterwerfung der Ukraine unter die russischen Forderungen hinausläuft“, wie in der „Zeit“ zu lesen ist? Wir führen einen Krieg ins Blaue hinein, allerdings mit moralisch gefestigter Überzeugung. Statt klare Szenarien zu bezeichnen, argumentieren beide Aufrufe im Konjunktiv über militärische Risiken.

Hier hilft die historische Erfahrung: Die militärische Logik droht sich wie 1914 zu verselbständigen. Russland musste früh mobilisieren (</geschichte/article177321500/Russlands-Armee-setzt-auf-Krieg.html>), um nicht nach dem Kriegsausbruch zu lange Vorlaufzeiten zu haben. Die Deutschen blieben dagegen die Sklaven des Schlieffen-Plans (</geschichte/kopf-des-tages/article235850836/Alfred-von-Schlieffen-Sein-Plan-war-eine-Blaupause-fuer-die-Niederlage.html>), der den schnellen Sieg über Frankreich zur Voraussetzung für den erwarteten Zweifrontenkrieg gegen Russland machte. Das bedeutete die Verletzung der belgischen Neutralität, womit England in den Krieg eintreten musste.

Nicht die Politik, sondern die kalte Logik des Krieges bestimmte das Handeln der Großmächte. Alle machten anschließend moralische Gründe und ehrenwerte Motive geltend, das änderte aber nichts an den mörderischen Folgen dieser europäischen Urkatastrophe im 20. Jahrhundert. Im Krieg gab es dann auch nur noch ein Kriegsziel: Ihn nicht zu verlieren, sondern zu gewinnen. Für einen Verhandlungsfrieden war es längst zu spät.

Fatalistische Grundstimmung

Diese Naivität zeigt sich auch beim Umgang mit der Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung. Sollte es sie gegeben haben, hat sie schon vor dem Kriegsausbruch am 24. Februar versagt. Es gab auch niemanden im Westen, der die formal bündnisfreie Ukraine unter den Schirm der atomaren Abschreckung des westlichen Bündnisses stellen wollte. Das war ausdrücklich ausgeschlossen.

Gilt das noch? Wenn nicht, geht es bei der Abschreckung aber nicht mehr um Kriegsverhinderung: Vielmehr um ihr Funktionieren in einem längst ausgebrochenen konventionellen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, unterstützt von deren westlichen Verbündeten. Ob Russland den Westen schon als Kriegsteilnehmer definiert, entscheidet auch nicht das Völkerrechtsseminar, sondern Moskau.

Dergleichen wussten im Kalten Krieg noch alle Beteiligten. In keiner Krise riskierte eine Supermacht, diese Schwelle zum Krieg zu überschreiten. Dafür wurde Berlin am 27. Oktober 1961 (</kultur/history/gallery109116865/27-Oktober-1961-Panzer-am-Checkpoint-Charlie.html>) zum Symbol. Am Checkpoint Charlie standen sich amerikanische und russische Panzer in Schussweite gegenüber. Nach Stunden akzeptierte Russland den 1945 vereinbarten Status Berlins. Russland hatte nachgegeben, die Amerikaner allerdings auch schon wenige Monate vorher am 13. August 1961. Die westlichen Alliierten hatten keine Anstalten gemacht, den Mauerbau zu verhindern, wie es viele Deutsche erhofft hatten. Manche empfanden das damals als Verrat der westlichen Schutzmächte.

Standhaftigkeit war nur mit Risikobewusstsein und Kompromissbereitschaft zu haben. Auf Phrasen über die „Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung“ verließ sich niemand. Ein Jahr später begann die Kubakrise, wo Amerikaner und Russen vor dem Abgrund standen, weil die nukleare Abschreckung nicht funktioniert hatte: Die Sowjetunion hatte ihre Mittelstreckenraketen trotzdem auf Kuba stationiert. Es blieb nur die Angst vor dem großen Krieg – und das Bewusstsein Kennedys über die historische Erfahrung von 1914.

Das verhinderte jene fatalistische Grundstimmung, die heute wieder die Debatte zu beherrschen beginnt. Und wo sich viele mit der Meinung trösten, dass es schon nicht schlimm werden wird im Mai 2022.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1

NEIN  0

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238576805>